

# Hallesche Neueste Nachrichten

## Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Hallesche Neueste Nachrichten“ erscheint am jeden Werktag nachmittags. Der monatliche Druckpreis durch den Bez. beträgt 3.00 Reichsmark, durch Postabnahme ohne Belegkarte 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zust.gebühr. Die Abnahme durch Postabnahme: jeden vier wochentags. Die Preislisten werden nach Reichsmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Die Preislisten, die im gleichen Verzeichnis in der „Mittelddeutschen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Druckgebühren: 100 Reichsmark pro 1000 Zeilen. Druck- und Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Druck- und Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Druck- und Anzeigenpreis: 10 Pfennige.

### Neues in Kürze.

#### Drachmeldeunten und Radotelegramme.

Der Reichsausschuss des Reichstages beschloß, den von den Demokraten eingebrachten Gesetzentwurf über Abfindung der ehemaligen Zürlen-Häuser auf die Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahre zu legen. Ein demokratischer Antrag, den Entwurf noch vor Weihnachten zu erledigen, fand keine Mehrheit.

Bei der Reichsregierung sollen nach Meldungen von demokratischer Seite Ermäßigungen im Besonderen der ehemaligen Zürlen-Häuser auf die Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahre zu legen. Ein demokratischer Antrag, den Entwurf noch vor Weihnachten zu erledigen, fand keine Mehrheit.

In einer Verammlung deutscher Arbeitgebervertreter des Ruhrbezirks wurde bekannt gegeben, daß die Geschäftsinhaber im Ruhrbezirk durch die französisch-belgische Besetzung mit mehr als 2 Milliarden Goldmark zu schaden seien. Da diese Schäden im Reichsgebiet nicht geltend gemacht worden seien, würde die nächste Weltwirtschaftstag im Ruhrbezirk selbst noch lange dauern.

Der Ausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung (Vintzmeier) lehnte die Bewilligung eines Betrages für die Juppelin-Generationsanleihe ab; die endgültige Entscheidung wird im nächsten Sommer, am 14. Dezember fallend, dem Gemeinderat vorgelegt werden. Die hohen Gemeindefinanzen der Sammlung.

Auf Grund seiner praktischen Erfahrungen hat der Berliner Anwaltsverein zur Wahrung der Interessen des an der Aufwertung interessierten Publikums einen Antrag auf Einsetzung eines Sachverständigen in der Reichstag, die am 31. Dezember ablaufende Frist und die hiermit zusammenhängenden Fristen um 3 Monate zu verlängern.

Die französische Handelsvertragsdelegation hat der deutschen Delegation mitteilen lassen, daß der Leiter der französischen Delegation, der neue Handelsminister Vincent, zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sei. Der Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär Trendelenburg, wird sich nunmehr anfangs der nächsten Woche nach Paris begeben. Wie verlautet, ist Frankreich endlich bereit zu einem Verträge mit gegenseitiger Reichsbeschränkung.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Rom, daß die deutsche Botschaft heute am Dienstag bei Mussolini wegen der Regierungsmaßnahmen im früheren Sibirial freundschaftliche Vorstellungen erhoben. Die Einmündung des Botschafters hätten sich auf die kulturelle Seite der Italienisierungsmaßnahmen beschränkt.

Die italienische Regierung hat schon das abgeklammerte deutsche Hotel Brum in Bologna, den ersten modernen Gasthof Italiens, der Familie des Reichers zurückgegeben. Dieses Hotel liegt an der Straße des abtrübnigen Jupitertempels und enthält eine Fülle wertvoller Antiken.

Die deutsche Reichsbahn hat zu den bereits im Zustand befindlichen Verkehrsagencien eine neue in Italien hinzugefügt. Diese ist der deutsch-italienischen Handelskammer in Mailand angegliedert.

Das finnische Kabinett ist gestern aus Anlaß von Küstenschutzfragen zurückgetreten. — Ferner ist der Präsident der Republik Portugal zurückgetreten.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Prag: Der Staatsrat für 1926 wird in den nächsten Tagen ausgearbeitet und soll bis Weihnachten fertig dem Kabinett vorliegen. Es ist nicht ohne Interesse, daß der neue Staatsrat eine neue Streichung von Abfindungsausgaben bringt, solange die französischen Militärmaßnahmen in Marokko und Spanien fortauern.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Genf, daß die Aufnahme Polens als Mitglied des Rates ist nicht auf der Tagesordnung der Ratssitzung des Völkerbundes. Doch läßt sich aus den Erklärungen der in Genf anwesenden Delegationsvorsitzenden schließen, daß keine Mehrheit für einen solchen politischen Antrag vorhanden ist.

Die russische Militärdelegation in Genf hat eine Erklärung abgegeben, daß sie die gegen die Türkei getroffenen Entscheidungen nicht anerkennen. Sie beutet an, daß sie neue Vorstöße erwartet.

Nachrichten des japanischen Kriegsministeriums behaupten, daß die russischen Truppen an der chinesischen Grenze verdrängt werden.

### Die Bedingungen der Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichspräsidenten folgende Entschlüsse übermittelt:

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion macht ihre endgültige Entscheidung von der weiteren Klärung der politischen Situation abhängig und ermächtigt ihre Vertreter, durch Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Parteien die nötigen Grundlagen für die Entscheidung der Fraktion zu schaffen. In diesen Verhandlungen legen wir Wert auf die Erörterung folgender Punkte:

Offenes Eintreten für die Republik, Abwehr aller monarchistischen Restaurationsversuche.

Reifizierung des Internationalen Abkommens von Weimar.

Verabschiedung eines Arbeitsgesetzes unter Berücksichtigung des achtstündigen Normalarbeitstages.

Schnelle Verabschiedung des Gesetzes über Erwerbslosenversicherung, Berücksichtigung der Erwerbslosenfrage nach den sozialdemokratischen Anträgen im neunten Ausschuss des Reichstages.

Handelspolitik mit dem Ziel der Förderung der inländischen Exporte.

Durchführung des Paragraphen 165 der Reichsverfassung; Schaffung des einheitlichen Reichswirtschaftsrats unter Ausschaltung der Parität; der Reichswirtschaftsräte und paritätischer Beiräte.

Verhinderung der Räteregierung; Erhöhung des Beitrags für gemeinnützigen Wohnungsbau.

Keine Senkung der Einkommensteuern, solange die Einkommensteuer und die Einkommensteuer in ihrer bisherigen Ausdehnung bestehen. Die Festlegung der Steuerlisten zur Milderung des Steuerdrucks.

Zurückziehung des Reichsverschuldenes.

Reichsgesetzliche Regelung der Zürlenabfindungen mit rückwirkender Kraft.

### Beamtenemonstrationen.

#### Streikdrohung?

Neue Streikemonstrationen der Beamten der unteren Gehaltsklassen finden am kommenden Mittwoch in Berlin statt. In fünf Beamtenversammlungen des gelrigen Abends, die von mehreren Tausenden von Beamten besucht waren, wurde beschlossen, keine Unterredung mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler nachzugehen, da die Beamten nach der schweren Enttäuschung durch die Preisfestsetzung der Regierung keine Vorschläge mehr wünschen, sondern Taten sehen wollen. Die Beteiligung an den Dienstleistungs-Beamtenemonstrationen in Berlin betrug nach polizeilicher Schätzung etwa 30-40 000 Mann. Wie erfahren zuverlässig, daß bei weitem die Mehrheit der Beamten für ein Beamtenrecht nach österreichischem Muster wenigstens von den nächst niederen unteren Beamten durchaus näher gerückt ist, als man in der Öffentlichkeit annimmt.

#### Unruhe unter den Eisenbahnern.

Während die Lohnverhandlungen in der Reichsbahn noch schweben, nimmt die Unruhe unter den Eisenbahnern zu. Gestern haben wieder vier Eisenbahnvereinigungen im Direktionsbezirk Berlin stattgefunden, die einen förmlichen Verlauf nahmen und heftige Angriffe gegen Reichsregierung und Reichsbahnverwaltung richteten.

### Die Beamtenbefolungsfrage.

Im Ausschussauschuss des Reichstages wendete der Kommunist Reubauer sich dagegen, daß die Beamtenbefolungsfrage mit der Frage der Neubildung der Regierung verknüpft werde. Abg. Dietrich-Franzen (Nat.-Soz.) erklärte eine Verknüpfung der Befolungsfrage für unerträglich. Abg. Lorenz (Dnt.) äußerte der einzige Weg zu schneller Hilfe sei noch vor Weihnachten 60 Millionen zur Verteilung zu bringen. Er beantragte, daß die Regierung ein Freilich über die Verteilung dieser Summe bestimmte Vorstöße machen solle.

Abg. Steinopf (Soz.) führte aus: Der gegenwärtige Zustand, daß die Länder, Lohn- und Gehaltsforderungen zum Anlaß nehmen, um vom Reich Hilfe zu verlangen, ist andererseits aber in ihre Finanzen nicht hineinbringen lassen, sei unerträglich. — Die einmalige Zulage sollte nur im Ausnahmefall. Entschlüsse man sich aber dazu, so würde die Zulage selbstverständlich auch den Angestellten und Arbeitern gehen werden.

Abg. Schmidt-Streit (Dnt.) brang darauf, daß die Fragen der Beamtenbefolung, der Erwerbslosenfrage und der Lohnfrage nach der Befolungsfrage erledigt werden. Die Regierung solle freilich sich endgültig lösen, was sie machen wolle.

### Revolutionsgefahr in England.

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

London, den 9. Dezember.

Die Subsidienzahlung an die Kohlenbergwerke hört im April nächsten Jahres auf. Dann wird es sich erweisen, ob die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Reichhaltigkeit in der Kohlenindustrie Mittel und Wege gefunden hat, die notwendigen Subsidien auf eine gesunde Basis zu stellen, oder ob sie dieser Aufgabe nicht gewachsen war. Man hört sehr wenig von den Arbeiten der Kommission, und es ist auch kaum anzunehmen, daß sie in der raschen Abklärung dieses Problems keine Rolle spielt. Das komplizierte Problem zu lösen, dem sie sich gegenübergestellt sieht. Ob sie es nicht, so kommt es im Mai zum Abschluß eines Weitergehens der Subsidien ist so gut wie ausgeschlossen. Denn die öffentliche Meinung ist entschieden gegen das Prinzip der Unterbrechung privater Industrien aus den Taschen der Steuerzahler, und Baldwin weiß, daß eine Weiterzahlung ihm den Garaus machen würde.

### Heute Berufung des Reichskanzlers.

Nachdem die Reichstagsfraktionen von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten gegen den Reichspräsidenten die erforderlichen schriftlichen Erklärungen übergeben haben, dürfte Reichspräsident von Hindenburg heute eine Berufung, und zwar voraussichtlich Dr. Brügel, mit der Kabinettminister beauftragen.

Der Sozialminister will allerdings wissen, daß der Erteilung des Auftrages noch eine Besprechung sämtlicher Führer der für die große Koalition in Frage kommenden Fraktionen beim Reichspräsidenten vorausgehen soll.

### Zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichsausschuss für soziale Angelegenheiten beschloß in späterer Abendunde nach ausgedehnter Debatte, daß die Unterhaltungsätze in der Erwerbslosenunterstützung ab 15. Dezember dieses Jahres für die Hauptunterstützungsberechtigten um 30 Prozent erhöht werden sollen. Der Ausschuss erachtet alsdann die Reichsregierung in einer von der Mehrheit angenommenen Entschloßung, sofort die nötigen Mittel bereitzustellen, um die am 15. Dezember dieses Jahres bereits fast sechs Monate ausgesetzten Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe von 100 Reichsmark zusätzlich 25 Reichsmark für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen; 2. an die insofern Überbreitung der Krankenversicherungspflichtgrenze von der Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten länger als sechs Monate festzusetzenden Angehörigen eine einmalige Beihilfe von 150 Reichsmark zusätzlich 25 Reichsmark für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen ab 15. Dezember dieses Jahres zur Auszahlung bringen zu können.

### Gegen Erhöhung der Hauszinssteuer

(Preussischer Staatsrat.)

Zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Preussischen Steuernordnung (Hauszinssteuer) hat der Ausschuss im Preussischen Staatsrat folgenden Beschluß:

Der Staatsrat hält bei der heutigen wirtschaftlichen Lage die vorgeschlagene Erhöhung der Hauszinssteuer von 700 auf 800 Prozent nicht für tragbar und spricht sich deshalb ausdrücklich gegen das ganze Gesetz aus. Für den Fall, daß im Landtage diese Erhöhung trotzdem beschlossen werden sollte, empfiehlt der Ausschuss gewisse Abänderungen der Höhe für die Verteilung des Ertrages auf die Neubausstätigkeit einzuführen und auf Änderungen und Gebieten anderwärts. Der Staatsrat beschloß entsprechend dem Antrag.

Die Hauszinssteuerfrage der preuss. Regierung beschäftigt eine Erhöhung der Miete von 1. Januar ab um 6 Prozent. Davon soll der Hausbesitzer 2 Prozent erhalten, während die übrigen 4 Prozent allgemeinen Finanzmitteln dienlich gemacht werden sollen. Die Staatsregierung hält eine solche Erhöhung für geboten, weil ein anderer Weg zur Deckung des Defizits des nächsten Jahres, das selbst bei günstigster Beurteilung der Überweisungen aus Reichsteuern nur 100 Millionen bringen wird, nicht gefunden werden könnte. Die Vorlage findet im Landtage keine Unterstützung und es heißt noch wolla ungewiß, ob sich ein Kompromiß wird finden lassen.

Eine Anfrage des Abg. Landau (Dnt.) an den Reichstag beruht auf ungenügender Erhellung des freien Willens erds bei Staatsausgaben.

### Die Stellung der Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Donnerstagvormittag zu einer Fraktionsitzung zusammen. Reichsgruppenleiter Dr. Erdmann wählte den Verhandlungen bei. Die Fraktion teilt über ihre Sitzung mit: Nach einem Bericht ihres Vorsitzenden billigt die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei die von ihren Verhandlungsführern dem Reichspräsidenten gegenüber eingemündete Stellung. Danach ist die Volkspartei zwar im Prinzip zu Verhandlungen über die große Koalition bereit, doch bleibt abzumachen, ob eine Einigung mit den Sozialdemokraten über die Einzelfragen möglich sein wird. An der Ausschließung der Deutschen Nationalen wird festgehalten.

### Revolutionsgefahr in England.

Nachdem die Reichstagsfraktionen von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten gegen den Reichspräsidenten die erforderlichen schriftlichen Erklärungen übergeben haben, dürfte Reichspräsident von Hindenburg heute eine Berufung, und zwar voraussichtlich Dr. Brügel, mit der Kabinettminister beauftragen.

### Revolutionsgefahr in England.

Nachdem die Reichstagsfraktionen von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten gegen den Reichspräsidenten die erforderlichen schriftlichen Erklärungen übergeben haben, dürfte Reichspräsident von Hindenburg heute eine Berufung, und zwar voraussichtlich Dr. Brügel, mit der Kabinettminister beauftragen.

Die beiden Seiten haben nun die Augen zum Kampf der Arbeiter. Die Arbeiter legen alle Hebel in Bewegung, um die Zukunft der verschiedenen Arbeiterorganisationen zu komplizieren und eine Einheitsfront herzustellen. Nach nicht ganz gelungenen für das Zusammengehen sind die Eisenbahner unter der Führung des reichsweiten Führers S. C. Thomas, der allerdings keinen leichten Stand hat, die von ihm vertretenen Massen in der Hand zu behalten und von der Reichsregierung seine Politik zu überzeugen.

Auch Thomas darf die grundsätzlichen Vorteile der Einheitsfront nicht in Abrede stellen, und wenn er sich gegen die Allianz aufheben und Tod auspricht, so kann er sich dabei nur auf gewisse Ausnahmen berufen, die den Eisenbahner eine Sonderstellung einräumen, und die es opportun erscheinen lassen, mit den übrigen nicht durch die Hand zu gehen. Dabei spielt auch die Gefahr der Eisenbahner in geschulte und ungeschulte Arbeiter eine Rolle. Immerhin besteht die ausgesprochene Möglichkeit, daß, wenn es im Mai zum Klappen kommen sollte, die Eisenbahner trotz Thomas in den Strudel mit hineingezogen werden.

Die Regierung ist inzwischen nicht müde. Sie trifft ihre Vorbereitungen, um im Falle der Einheitsfronts Berufung, Lebensmittelpolitik, Güterverkehr und überhaupt den ganzen nationalen Betrieb nach Möglichkeit in Gang zu halten. Es besteht eine weiterverweigte Organisation konteraktiver Oberaufsicht, die Mitglieder jammt und trammt, und die dem Innenminister für den Bedarfsfall ihre Dienste anbietet.

Der Innenminister hat in einem viel behandelten Schreiben an die Präsidenten der Organisation, Lord Harding, dieses Anerbieten angenommen und dadurch viel böses Blut in Generalratskreisen verursacht, in denen man dem Minister vorwirft, die neutralen Worte der Regierung verlassen und der Parteipolitik und Klassenpolitik Rücksicht geleistet zu haben. Eine weitere Regierungsmaßnahme ist die amtliche Föhlung der Automobile, die jetzt stattfinden. Die Föhlung wurde von Generaldirektor Schmitt in Anbetracht mit Angaben über Verkehrsfäden, Sitzplätze, um einzurufen, und die Preise zu nennen, zu denen sie ihre Kraftwagen der Regierung mitzuteilen zur Verfügung stellen würden.

Die Gewerkschaften haben daraufhin bekanntgegeben, daß im Falle eines Streiks die Föhlung nicht von Generaldirektor Schmitt befehlet werden, und daß man gegen die Verweigerung von Reichswehrschutzmännern zu ergreifen würde. Es bliebe dann nur noch die Bedienung durch Militär übrig.

Der amerikanische Senator Borah hat einen Antrag eingebracht, der die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten verlangt. Diese Anerkennung ist von Seiten der Vereinigten Staaten nicht aufgegeben worden.

